

21.21

Abgeordneter Andreas Kollross (SPÖ): Herr Präsident! Frau Präsidentin des Rechnungshofes! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie – meinen Respekt, dass Sie immer noch hier sind und sich das anhören (*Ruf bei der FPÖ: Trotz dir!*) – und natürlich auch vor den Bildschirmen! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur Versorgung im Bereich der Zahnmedizin zwei Anmerkungen machen. Die eine ist positiv, die zweite nicht ganz so positiv.

Kollege Lausch hat es angesprochen, aber wenn man sich den Rechnungshofbericht durchliest, dann kommt man schon ein Stück weit auf ein anderes Ergebnis. Man hat unter anderem die Einführung der Gratiszahnspangen in Wien und Niederösterreich kontrolliert und überprüft, und allein innerhalb eines Jahres wurden in Wien 5 274 und in Niederösterreich 3 032 Gratiszahnspangen gewährt – in nur zwei Bundesländern!

Wenn man das auf das ganze Bundesgebiet hochrechnet und wenn man sich das nicht nur für ein Jahr, sondern für den Zeitraum seit der Einführung anschaut, dann muss man schlicht und einfach festhalten: Gratulation in Richtung Alois Stöger, den damals verantwortlichen Gesundheitsminister (*Beifall bei der SPÖ*), aber auch Gratulation in Richtung der Abgeordneten, die das Gesetz damals letztendlich verabschiedet haben – auch an die Abgeordneten der ÖVP, die sich zumindest noch erinnern können, dass es vor Schwarz-Blau III ebenfalls eine Bundesregierung gegeben hat, die mit sehr vielen positiven Dingen aufzeigen und viele positive Dinge vorweisen konnte.

Ich glaube, dass das eine tolle Maßnahme für viele Kinder, für viele Jugendliche ist, was die Zahnmedizin betrifft, aber auch für viele Familien, was den finanziellen Aspekt betrifft. Somit ist es eine Gesundheits- und sozialpolitische Maßnahme, um die uns mit Sicherheit viele Menschen in anderen Ländern beneiden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein zweiter Punkt, den ich nur ganz kurz ansprechen möchte, da die Zeit schon fortgeschritten ist, ist die Situation der Zahnambulatorinnen – der Zahnambulatorien. Es ist ja aus dem Bericht auch hervorgegangen, dass circa die Hälfte des Geldes, das für Zahnmedizin verwendet wird, aus dem privaten Sektor kommt und dass mit den Zahnambulatorien Abhilfe geschaffen werden könnte, unter anderem auch deshalb, weil sie ja um 30 Prozent günstiger sind als andere Bereiche. Gleichzeitig sind es aber nur knappe 2 Prozent, die momentan in diesen Zahnambulatorien behandelt werden, weil es am Ende des Tages auch zu wenige Plätze in diesem Bereich gibt.

Diesbezüglich ist, glaube ich, vor allem eines sehr erwähnenswert, nämlich die Rolle der Zahnärztekammer in diesem Bereich, die alleine in Niederösterreich durch 27 Ein-

sprüche immer wieder dafür gesorgt hat, dass Zahnambulatorien eben nicht ausgebaut werden. Deshalb glaube ich, dass man am Ende des Tages, wenn man da etwas weiterentwickeln will, darüber diskutieren muss, ob die Zahnärztekammer in Zukunft auch wirklich noch Parteienstellung haben kann, damit da eben nicht länger blockiert werden kann.

In diesem Sinne danke ich für den ausführlichen Bericht, der sehr informativ war. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

21.25

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Frau Abgeordnete Fichtinger ist zu Wort gemeldet. – Bitte.